

(Abgeordneter Hartmann.)

(A) weiteres von der Hand zu weisen. Glauben Sie denn, daß tatsächlich an den Bahnhöfen durch ein so verspätetes Verbot etwas erreicht werden würde? Die Kolporteurs würden vor den Bahnhöfen stehen und das „Berliner Tageblatt“ dort verkaufen. Wie würden sich ferner die Verhältnisse auf den Grenzstationen gestalten? Ich nenne z. B. den mir nahe gelegenen Bahnhof Görlitz. Da wäre bei den Zügen, die in der Richtung von Görlitz nach Dresden verkehren, das Blatt verboten, bei den Zügen, die in der Richtung nach Schlesien gehen, wäre es nicht verboten, dort dürfte es verkauft werden. Genau so würde der Fall bei den anderen Grenzstationen liegen. Das gäbe doch unhaltbare Verhältnisse.

Weiteres gibt uns noch nach reiflicher Erwägung Bedenken, dem Antrage zuzustimmen. Erstens verpufft der Effekt durch die Länge der Zeit, die seit der Angelegenheit verflossen ist. Ferner verweise ich Sie auf den Beschluß der Dresdner Gastwirte, der lautet, auf das „Berliner Tageblatt“ nicht mehr zu abonnieren und es nicht mehr auszulegen wegen Herabwürdigung sächsischer Verhältnisse und wegen seiner unnationalen Haltung. Weiter sagt eine Resolution des Konservativen Vereins vom 1. November 1913 an ihrem Schlusse folgendes — ich darf den Herrn Präsidenten um Genehmigung bitten, etwas zu verlesen —:

(B) (Präsident: Wird gestattet.)

„Mit um so größerer Dankbarkeit begrüßen wir es daher, daß dem Vernehmen nach die Königlich Sächsische Regierung als erste unter den Regierungen der deutschen Bundesstaaten dem „Berliner Tageblatt“ bei der ersten Wiederholung der letzten Äußerungen gegen Fürst, Volk und Kirche ein Verbot des Vertriebes auf den sächsischen Bahnhöfen, wo die Königl. Regierung das Hausrecht besitzt, in Aussicht gestellt hat. Die Versammelten betrachten diese Verwarnung zugleich als die freudig hingegenommene Zusicherung der Regierung an das sächsische Volk, im nächstgegebenen Falle ohne Zaudern gegen das „Berliner Tageblatt“ einzuschreiten, dem deutschen Volkstum zur Ehre, deutschem Glauben zum Schutz, der Monarchie zur Wehr.“

Mit Annahme dieser Resolution hat sich doch eigentlich die konservative Partei, die damals die Versammlung abgehalten hat, mit den Maßnahmen der Regierung bereits am 1. November 1913 einverstanden erklärt.

Zum Schlusse, meine Herren, verweise ich noch auf den Vorschlag, den der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Bahnhofswirte an die Abonnenten des „Berliner Tageblattes“ innerhalb des Kreises der Bahnhofswirte Sachsens gerichtet hat. Er fordert die Kollegen auf, auf das „Berliner Tageblatt“ nicht mehr zu abonnieren und es von jetzt ab nicht mehr in den Warteräumen auszulegen. Mit diesen letzten drei Punkten, glaube ich, ist doch nach

jeder Richtung hin dem „Berliner Tageblatt“ der Weg (C) gezeigt, den es, wenn es sich in Sachsen Abonnenten erhalten will, einzuschlagen hat.

Wenn wir, die Nationalliberalen, es ablehnen, dem Antrage des Herrn Abgeordneten Schmidt und Genossen nach so langer Zeit zuzustimmen, so bestärkt uns in diesem Beschlusse endgültig die heute abgegebene Erklärung der Königl. Staatsregierung. Wer von uns noch einen Augenblick zweifelhaft war, wird sich heute sagen: mit der Erklärung der Königl. Regierung wird unbestreitbar das erreicht, was angestrebt wurde. Wir sind überzeugt, daß für die kommende Zeit derartige Ausfälle so gut wie ausgeschlossen sein werden.

(Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Günther.

Abgeordneter Günther: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Schmidt (Freiberg) hat in außerordentlich scharfen Äußerungen den Ton im „Berliner Tageblatt“ kritisiert. Ich möchte aber die Frage aufwerfen, ob der parlamentarische Ton durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schmidt (Freiberg) gehoben worden ist.

(Sehr richtig! links und bei den Nationalliberalen.) (D)

Ich überlasse das Urteil darüber dem Hohen Hause.

(Zurufs links: Das ist einstimmig!)

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Schmidt hat sich nicht nur mit dem Artikel beschäftigt, der am 20. Oktober v. J. im „Berliner Tageblatt“ erschienen ist, sondern er hat auch Bezug genommen auf das Deutsche Turnfest in Leipzig. Meine Herren! Ich habe für meine Fraktionskollegen die Erklärung abzugeben, daß wir die Angriffe auf die deutsche Turnerschaft aufs schärfste mißbilligen

(Sehr richtig!)

und deren Verallgemeinerung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen haben. Wir sind stolz auf unsere deutsche Turnerschaft und lassen uns in dieser Beurteilung auch durch die einzelnen Fälle nicht beirren, mit denen man von anderer Seite gewisse Auswüchse beweisen wollte.

(Sehr richtig!)

Es gebietet aber die Gerechtigkeit, zu sagen, daß das „Berliner Tageblatt“ die Angriffe gegen die deutsche Turnerschaft selbst nicht gebilligt und zurückgenommen hat. Während der Zeit, wo sich die öffentliche Meinung mit den Ausführungen des „Berliner Tageblattes“